

Rundbrief Nr. 3 – 2012

Oktober/November 2012

**Themen:** Eingangswort – Vor einer radikalen Reform der Gemeindestruktur – Abtreibung ist keine Privatsache - oder doch? – Wie Glauben und Wissen zusammengehören

## **Eingangswort**

**Unsere Väter hofften auf dich, und da sie hofften, halfst du ihnen aus.“**

**Ps. 22, 5**

Gott hilft so, dass er aushilft. Seine Hilfe ist „Aushilfe“. „Aushelfen“ ist eines der immer wiederkehrenden Worte der Psalmen. Gottes Hilfe ist eine Hilfe draussen am Rand, unten auf dem Boden, in der Nähe des Endes, dort wo der Nullpunkt sichtbar wird.

Wir möchten uns lieber nicht erst dann helfen lassen, wenn die Vorräte zur Neige gehen. Nein, wir möchten Gottes Hilfe schon vorher. Wir möchten Gottes Hilfe ohne die Bedrängnis des Glaubens, der von Gottes Hand in den Mund leben und sich eben aushelfen lassen muss.

Unsere Glaubensväter mussten dagegen ganz anders „durch“. Sie wurden sicher von Gott gesegnet, aber sie wurden von Gott sehr oft auch kurz gehalten und in die Schule des Hoffens und des Wartens genommen.

Unsere Vorfahren im Glauben - das sind all die vielen Wüstenwanderer: Das ist Moses in der 40jährigen Abhängigkeit von Gott. Das ist David auf der Flucht vor Saul; er weiss, dass Gott „mein Hirte“ ist, und nur darum „wird mir nichts mangeln“. Das sind die Jünger, die „alles verlassen und ihm nachfolgen“. Das sind die Apostel, die ohne Tasche und nur mit einem Kleid auf den Weg geschickt werden. Als sie einmal von ihrem Herr gefragt wurden: „Habt ihr je Mangel gehabt?“, antworteten sie: „Nein, niemals.“ Denn Gott half ihnen aus. Dieses „Aushelfen“ ist das Geheimnis des Himmelreichs. Hier reden „die Lilien auf dem Feld“ und „die Vögel unter dem Himmel“.

Bald wird für die Gemeinde eine Zeit kommen, da sie wieder deutlicher den Gott schauen wird, der den Vätern „aushalf“.

Nach Walter Lüthi (bearbeitet und gekürzt)

## **Grössere Gemeinden: Vor einer radikalen Reform der Gemeindestruktur**

**Am 18. September 2012 hat die Synode dem Kirchenrat grünes Licht für die Arbeit an einer radikalen Reform der Gemeindestruktur der Landeskirche gegeben. Dies nach einer intensiven, kontroversen Diskussion. Ein Kommentar von Viktor Juzi, Neerach, Mitglied der vorberatenden Kommission der Synode.**

Der Kirchenrat will kleine und mittlere Kirchgemeinden zur Fusion veranlassen. Dies wurde in der Synode als Herausforderung und Chance für unsere Landeskirche bezeichnet. Der Kirchenrat zielt ab auf die „Erhaltung und Förderung lebendiger Gemeinden“. Es geht also nicht um eine Optimierung von Bestehendem und auch keinesfalls darum, den anhaltenden Mitgliederschwund zu verwalten, sondern um einen Aufbruch, auch im Hinblick auf das Jubiläumsjahr 2019. Die von der Synode genehmigten Vorschläge gehen – berechtigterweise – weit über das ursprüngliche Anliegen des Postulats von Kurt Stäheli hinaus. Er hatte nach Wegen zu einer Stärkung kleiner Kirchgemeinden gefragt.

### **Fusion favorisiert**

Der Kirchenrat sucht für die Zürcher Kirchgemeinden zeitgemässe Strukturen. Dass vor allem Fusionen angestrebt werden sollen und die anderen drei Modelle (themenbezogene Zusammenarbeit, vertraglich geregelte Pfarrunion, Zweckverbände) im Hintergrund stehen, begründet der Kirchenrat damit, dass diese drei Modelle mehr Ressourcen erfordern und weniger effektiv sind. Selbstverständlich sollen aber, wo sinnvoll, auch diese anderen Modelle geprüft und allenfalls angewendet werden.

Ausgelöst wurde das Reformvorhaben im Wesentlichen durch die rasch abnehmenden finanziellen Mittel, den Mitgliederschwund, das sich abzeichnende Manko an Pfarrpersonen in den nächsten Jahren und das Wegbrechen der mittleren und jüngeren Generation. Für gewisse Arbeiten werden in den Kirchgemeinden vermehrt geeignete Personen fehlen. Wichtig für unsere Kirche ist, dass die personellen und finanziellen Ressourcen künftig vor allem in unseren Kirchgemeinden eingesetzt werden.

### **Genau hinsehen**

Im weiteren Prozess müssen Ängste, Unsicherheiten und auch Demotivationen, vor allem in ländlichen Kirchgemeinden, ernst genommen werden. Vertreter dieser Gemeinden sind in die Bearbeitung von Detailfragen mit einzubeziehen. So dürfen neue Strukturen nicht zum Verlust von existierenden persönlichen Beziehungen in den Gemeinden führen; das Gegenteil müsste der Fall sein. Die anzustrebende Gemeindegrösse – der Kirchenrat nennt als Richtlinie über 5000 Mitglieder – ist keinesfalls als fix zu betrachten. Bedürfnisse und Voraussetzungen von ländlichen, vorstädtischen und städtischen Gemeinden unterscheiden sich. Zudem ist die Frage zu klären, was mit bestehenden „lebendigen, gesunden Gemeinden“ geschieht, die weniger als 4000 Mitglieder aufweisen.

### **Stark geforderte Kirchenpflegen**

Der Kirchenrat ist sich der Herausforderung bewusst, den Reformprozess umsichtig einzuleiten. Die Kirchgemeinden dürfen nebst den aktuellen Aufgaben und den in den letzten Jahren gestiegenen Anforderungen nicht übermässig strapaziert werden. Für die Gemeinden unter Spardruck wäre es ermutigend zu sehen, dass auch der Kirchenrat in seinem direkten Verantwortungsbereich substantiell spart.

Im Prozess sind die Kirchenpflegen gefordert; der Kirchenrat hat ihn sorgfältig zu steuern. Viele Fragen sind noch offen. Der Kirchenrat soll der Synode periodisch, erstmals Ende 2013, Bericht erstatten, damit entscheidende Punkte diskutiert werden können.

### **Mit der Struktur die Inhalte verbessern**

Gewiss haben Grösse und Gestalt einer Gemeinde, ihre Strukturen, Einfluss auf die Qualität, das Wachstum und die Dynamik des Gemeindelebens. Wenn der Fokus auf Strukturen und Professionalität gerichtet ist, muss dringend auch auf den Inhalt, die echte Substanz, geachtet werden: Wie kann es gelingen, die Botschaft des Evangeliums auf eine attraktive, anziehende Art in Wort und Tat unseren Mitmenschen näher zu bringen, sie in ihrer Situation wirklich anzusprechen?

Packen wir's an, gestalten wir heute miteinander die Zukunft unserer Kirche von morgen!

### **„Abtreibung ist keine Privatsache“ – oder doch??**

Der Schweizerische Evangelischer Kirchenbund (SEK) lehnt die Volksinitiative „Abtreibung ist Privatsache“ ab, wie er vor kurzem mitgeteilt hat. Die Gesellschaft trage die Mitverantwortung an einer Abtreibung. Abtreibung sei keine Privatsache. Familiäre, soziale und wirtschaftliche Missstände könnten das Leben der Frau so bedrohen, dass sie dem „sozialen Tod“ ausgesetzt sei.

Dazu hat Daniel Reuter, Vorstandsmitglied der EKVZ, an der Abgeordnetenversammlung des SEK vom 5./6. November 2012 in Bern eine persönliche Erklärung abgegeben. Er hält einleitend fest, dass Abtreibungen keine Krankheit sind. Deshalb wolle die Initiative die Abtreibungen aus dem Leistungskatalog der obligatorischen Krankenversicherung streichen: „Die direkten und indirekten Gesundheitskosten werden reduziert. Die Selbstverantwortlichkeit der Versicherten wird gestärkt: Wer für sich die Möglichkeit einer Abtreibung in Betracht zieht, kann eine freiwillige Zusatzversicherung abschliessen oder die Kosten direkt bezahlen. Die Initiative stellt sicher, dass die obligatorische Krankenversicherung eher Leben rettet und heilt, nicht aber Leben vernichtet. Die Initiative stoppt den finanziellen Anreiz durch die Krankenversicherung, Schwangerschaften abubrechen. Das reduziert die Zahl der Abtreibungen.“ (<http://privatsache.ch>)

Es geht bei dieser Volksinitiative klar um die Abtreibungsfinanzierung und nicht um Abtreibung, betont Daniel Reuter: „In seiner aktuellen Stellungnahme macht der Rat des SEK nun einen rhetorischen Salto und dreht ein Argument, das für Abtreibung ins Feld geführt wird (Abtreibung sei Privatsache) zu einem moralischen Persilschein für sich selber um. Die Befürworter von Abtreibung (aktuell in der Fassung einer Fristenlösung) sprechen sich stets in diesem erwähnten Sinne aus. Die Finanzierung wird aber der Allgemeinheit

übertragen. Und der Rat des SEK hält nun Abtreibung und deren Finanzierung für eine öffentliche Angelegenheit. Krankenkassen machen aber keinen Unterschied zwischen den Motiven für eine Abtreibung. Nach Auffassung des Rates des SEK können familiäre, soziale und wirtschaftliche Missstände das Leben der Frau so bedrohen, dass sie dem *sozialen Tod* ausgesetzt ist. Mit Verlaub: Sozialer Tod? In welchem Land leben wir denn? Etwa in einem Land ohne Sozialversicherungen, ohne öffentliche Sozialhilfe, ohne Kirchen mit ihrer Diakonie?“

Der Rat des SEK macht es sich laut Daniel Reuter zu leicht, wenn er in seiner Stellungnahme auf die Verantwortung „der Gesellschaft“ hinweist. Das mag – je nach Wahrnehmung oder politischem Standort – der Realität (leider) entsprechen, aber über „der Gesellschaft“ stehen in der Werthierarchie die Gebote Gottes. Wir engagieren uns als Kirchenbund und Kirchen für dieses und jenes, nur bei Abtreibungen schweigen wir fast immer – ausser bei Zwangsabtreibungen in der Volksrepublik China oder Mädchenabtreibungen in Indien.

„Ich stehe heute vor Ihnen, weil meine Mutter trotz Widerständen und trotz „sozialer Not“ sich für ihr Kind entschieden hat. Hätte sie damals abgetrieben, wäre Ihnen diese persönliche Erklärung erspart geblieben.“

### **„Christsein mit Köpfchen: Wie Glauben und Wissen zusammengehören“**

Die STH Basel führt am Montag, 19. November 2012, von 09.30 – 16.00 Uhr einen Schnupperstudientag durch. Eingeladen sind am Studium Interessierte und jene, die sich fragen, ob Glauben und Wissen vereinbar sind.

Das Thema wird in Vorlesungen aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet: Glauben und Wissen im Alten und im Neuen Testament, in der historischen und systematischen Theologie, in der praktischen Theologie und der Religionsphilosophie. In Diskussionen haben die Besucherinnen und Besucher Gelegenheit, Fragen zu stellen.

*„Probier's aus! Der STH-Schnuppertag ist eine geniale Gelegenheit, um dich persönlich und nicht nur indirekt über Webseiten und Prospekte über unsere Hochschule zu informieren. Du kannst dir ganz ungezwungen ein eigenes Bild vom Studieren machen. Gleichzeitig hast du die Gelegenheit, mit Studierenden und Dozierenden ins Gespräch zu kommen.“ (Lois Zürcher, Studentin)*

Alle Infos im Flyer auf [www.sthbasel.ch](http://www.sthbasel.ch)